

Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

INTERVIEW MIT DR. GERHARD SCHRÖDER

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU veranstaltet vom 15. bis 17. Oktober seine 16. Bundestagung in Hannover unter dem Thema "Unser Wille zur gerechteren Gesellschaft".

Was hat Sie zur Wahl dieses Themas bewogen?

Die Forderung nach einer gerechteren Gesellschaft, die sich vielfältig manifestiert, bewegt uns alle. Auf die Fragen, die sich damit stellen, wollen und müssen wir Antworten finden, und wir müssen Wege zu ihrer praktischen Verwirklichung aufweisen. Der Evangelische Arbeitskreis war oft das Forum zur Erörterung wichtiger Fragen grundsätzlicher und praktischer Art - ich erinnere an die Diskussion in der ersten Hälfte der 50er Jahre über die mit der Aufstellung deutscher Streitkräfte zusammenhängenden Probleme. In diesem Jahre wollen wir dazu beitragen, Wege für eine positive Weiterentwicklung unserer Gesellschaft unter den verschiedenen Aspekten zu finden.

Auch die Bundesregierung hat zahlreiche Reformen zu einer Weiterentwicklung unserer Gesellschaft angekündigt. Wie denken Sie über das, was auf diesem Feld inzwischen geschehen ist?

Der große Anspruch der derzeitigen Bundesregierung, die "Regierung der inneren Reformen" zu werden, ist weithin ein rein verbaler Anspruch geblieben. Ich meine, daß sie zu vielen zu viel versprochen hat. Sie hat - auf der schmalen Basis ihrer doch recht heterogenen Koalition - weder die Kraft gefunden, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, noch die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung zu beherrschen. Die Bilanz der Regierungsleistungen in diesen Bereichen kann mit einem durch-

Nr. 10 15. Oktober 1970

AUS DEM INHALT

Interview mit Dr. Gerhard Schröder	1
Kurz notiert	3
Zur Wissenschaft vom Frieden Eberhard Amelung	4
Wir stellen zur Diskussion:	
Zur Wahlbeteiligung der Jungwähler Paul Albert Engstfeld	6
Jugend fragt Ernst August Schiefer	9
Kommentar:	
Linker Druck auf die Demokratie	11

aus negativen Vorzeichen versehen werden.

Sehen Sie einen Grund für die innerpolitischen Versäumnisse der Regierung in einer zu starken Konzentration auf ihre außenpolitischen Aktivitäten?

Die von Hektik nicht freie ostpolitische Aktivität der Bundesregierung hat sicherlich ihre Aufmerksamkeit etwas einseitig beansprucht. Dabei wäre es zweifellos nützlicher gewesen, die Regierung hätte sich gegenüber Moskau mehr von Geduld und Besonnenheit leiten lassen, als sie dies leider getan hat.

Sie, Herr Dr. Schröder, halten die Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis und unsere feste Freundschaft mit den USA nach wie vor für die Grundlage unserer Außenpolitik. Sehen Sie diese Grundlage als gefährdet an?

Die Bundesregierung beteuert ihren Willen, an der festen Verbindung mit unseren Bündnispartnern festzuhalten, und ich will ihr diesen guten Willen sicher nicht absprechen. Wir müssen uns aber alle darüber klar sein, daß wir nicht neue Freunde auf Kosten unserer alten gewinnen können und dürfen. Die Gespräche bei meinem kürzlichen Besuch in Washington haben mich in der Überzeugung bestärkt, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren westlichen Freunden, gegründet auf eine realistische Beurteilung der Situation, durch nichts zu ersetzen ist. Diese Basis unserer Politik gilt es unter allen Umständen zu bewahren.

Welche Bedeutung messen Sie der Europa-Politik bei?

Die von der Union seit langem zielstrebig verfolgte Politik einer Zusammenführung der freien Völker Europas darf nicht vernachlässigt werden. Die Europäer müssen ihre Kräfte zusammenfassen, um mehr zu leisten. Dabei kommt es vor allem auf praktische Fortschritte an. So sollten die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft mit Großbritannien, Dänemark, Norwegen und der Republik Irland zügig zum Erfolg geführt werden. In der Zukunft könnte die Kooperation zwischen einer leistungsfähigeren europäischen Gemeinschaft und den osteuropäischen Staaten unter Einschluß der Sowjetunion große praktische Bedeutung gewinnen.

Glauben Sie, daß Europa eine besondere Verantwortung bezüglich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt trägt?

In der Tat wäre eine vergrößerte und geschlossener zusammenarbeitende Europäische Gemeinschaft weit besser in der Lage, ihre sicherlich bestehende besondere Verantwortung gegenüber den Ländern der Dritten Welt wahrzunehmen. Es könnte in der Zukunft verhängnisvolle Auswirkungen haben, wollte man diese Verantwortung nicht sehen oder - noch mehr - aus ihr nicht die notwendigen Folgerungen ziehen. Hunger, Übervölkerung, Krankheit und Arbeitslosigkeit sind Probleme, zu deren Bewältigung Europa viel wird beitragen können.

Wo sehen Sie vor allem Ansatzpunkte, auf mehr Gerechtigkeit in den Beziehungen der Völker untereinander hinzuwirken?

Ich denke dabei daran, daß weit stärker als bisher die Bereitschaft entwickelt werden sollte, auch die Rechte und Interessen der anderen Völker zu achten; daß darauf verzichtet werden sollte, eigene Ziele zum Nachteil anderer mit Gewalt, Gewaltandrohung oder anderen Druckmitteln durchzusetzen. Wer sich heute in der Welt umsieht, erkennt, wieviel auf diesem Felde noch getan werden muß.

Werden die hier angesprochenen Themen unter dem Generalthema eine wichtige Rolle auf der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises spielen?

Über alle diese Fragen, die uns ja fast täglich bewegen, werden wir in Hannover ausführlich und eindringlich sprechen. Ich hoffe, daß die Beteiligten und die interessierte Öffentlichkeit dabei manches gewinnen werden.

KURZ NOTIERT:

EVANGELISCHE UND KATHOLISCHE MITARBEITER FÜR DAS "ÖKUMENISCHE PFINGSTTREFFEN"

In den sechs Arbeitskreisen, die das für 1971 in Augsburg geplante "Ökumenische Pfingsttreffen" vorbereiten sollen, werden nach dem jetzigen Stande mindestens 167 namhafte evangelische und römisch-katholische Persönlichkeiten mitarbeiten. Dies geht aus Listen hervor, die jetzt von den gemeinsamen Veranstaltern des Treffens, dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag, vorgelegt worden sind. Die Themen für die einzelnen Arbeitsgruppen lauten "Glaubensnot und Kirchen", "Gottesdienst", "Ehe", "Sorge um den einzelnen Menschen" (Individuelle Lebenshilfe), "Gastarbeiter" und "Entwicklung".

WÖLBER: KEIN GELD FÜR POLITISCHE KAMPFORGANISATIONEN

Die direkte Vergabe kirchlicher Gelder an politische Kampforganisationen hat der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), D. Hans-Otto Wölber (Hamburg), scharf kritisiert. Zu der Diskussion um den Beschluß des Ökumenischen Rates der Kirchen, im Rahmen seines Anti-Rassismus-Programms auch Freiheitsbewegungen vor allem in Südafrika finanziell zu unterstützen, sagte Wölber: "Der einzelne Christ mag für sich aus seinem Gewissen heraus einen gewaltsamen Widerstand verantworten, aber die Kirche kann immer nur als Anwalt für Überzeugungen handeln und bleibt ohne Einschränkung an den Grundsatz der Gewaltlosigkeit gebunden."

ZUR WISSENSCHAFT VOM FRIEDEN

Eberhard Amelung

Die Hessische Landesregierung hat ein neues Friedensforschungsinstitut - es trägt den Namen "Institut zur Erforschung internationaler Konflikte" - mit Sitz in Frankfurt gegründet. Sie hat damit eine Anregung aufgenommen, die Bundespräsident Heinemann in seiner Rede zum Amtsantritt gegeben hat. Im Rahmen des neuen Hessischen Hochschulgesetzes soll das neue Institut in Zusammenarbeit mit allen hessischen Hochschulen seine Arbeit tun. Wie weit eine solche organisatorische Struktur die Arbeit auf die Dauer begünstigt, muß abgewartet werden. Sie kann sich ohne Zweifel befruchtend auf alle Hochschulen auswirken, sie kann aber genau so gut bedeuten, daß das Institut überhaupt keine Kontakte zu den anderen Wissenschaften hat.

Das hessische Friedensforschungsinstitut ist eines von mehreren in der Bundesrepublik. Die Gründungen sind kennzeichnend für den großen Wandel nicht nur in unserer nationalen, sondern, fast muß man sagen, in der Weltgeschichte. Seitdem die Menschheit wissenschaftlich zu denken und zu arbeiten versteht, hat sie immer einen großen Teil ihrer wissenschaftlichen Energie für Kriegsforschung aufgewandt. Die Geschichtsschreiber haben die Geschichte über die Auseinandersetzungen der Völker geschrieben. Naturwissenschaft und Technik verdanken erhebliche Anstöße der Produktion von Waffen und anderen Vernichtungsmitteln. Die Wissenschaft vom Frieden blieb den Juristen und unter ihnen wiederum einer kleinen Gruppe von Völkerrechtlern überlassen. Nun wird der Friede Gegenstand wissenschaftlicher Bemühungen überhaupt.

Die Gründung solcher Institute hat verschiedene allgemeine Konsequenzen. Als erstes bedeutet sie, daß sich im Bewußtsein der politisch Verantwortlichen ein Wandel vollzogen hat. Man weiß heute, daß der Friede der Welt nicht mehr nur den Politikern und unter ihnen wiederum den Außenpolitikern überlassen bleiben darf, sondern jeden politisch denkenden Menschen angeht. Der Friede kann nicht der Weitsicht, dem Instinkt und der Geschicklichkeit einzelner kluger Köpfe anvertraut werden, sondern muß in seinen Möglichkeiten auf breiter Basis wissenschaftlich durchdacht werden. Vorbei sind damit die Zeiten, in denen ein Verteidigungsminister ungestraft erklären konnte, er sei für die Aufrüstung und nicht für die Abrüstung zuständig. Vorbei sind die Zeiten, in denen man die Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln definieren konnte. Vorbei sind schließlich die Zeiten, in denen der Krieg zum Vater aller Dinge erklärt wurde. Wenn wir noch Zeit zum leben haben und unsere Kinder und Enkelkinder überleben sollen, dann wird der Friede Quelle des Lebens sein müssen.

Man wird von der Arbeit der Friedensforschungsinstitute kurzfristig keine großen Ergebnisse erwarten dürfen. Sie werden zunächst hier und da Impulse ausgehen lassen können, die den politisch Verantwortlichen in bestimmten kritischen Situationen Denk-

anstöße geben werden. Es wird aber einige Jahre dauern, bis die Wissenschaft vom Frieden genügend Material aufbereitet, Methoden des Arbeitens gesichert und Modelle für politische Entscheidungen entwickelt haben wird. Dann wird die Arbeit den politisch Verantwortlichen in vieler Hinsicht helfen können.

Wichtiger als die kurzfristigen Konsequenzen für den Frieden jedoch könnten die Auswirkungen auf die Wissenschaft im allgemeinen sein. Zwei Dinge sind hier wohl wesentlich. Es stellt sich erstens die Frage, wer Friedensforschung treiben wird und wie die neue Wissenschaft in den Rahmen der bestehenden Wissenschaftsinstitutionen eingefügt werden soll. Bisher hat man einzelne Institute gegründet und diese mehr oder weniger fest mit wissenschaftlichen Gesellschaften oder Universitäten verbunden. So wie in den Naturwissenschaften und der Medizin neue Gebiete institutionalisiert werden, so tut man es auch mit der Friedensforschung. Ebenso werden wie in allen anderen Wissenschaftszweigen Wissenschaftler mit der Leitung der neuen Institute beauftragt, die sich an der Sache interessieren. Die Skala ihrer bisherigen Tätigkeiten reicht von der Philosophie über die Naturwissenschaften bis hin zur Politologie und zum Recht.

Man muß nun allerdings fragen, ob die neue Wissenschaft in einem solchen herkömmlichen Rahmen nicht ihre besten Chancen verliert. Versucht man die Gebiete aufzuzählen, mit denen sich die Friedensforschung auseinandersetzen hat, so merkt man bald, daß kaum eines der an einer Universität vertretenen Fächer ausgelassen werden kann. Zum Thema des Friedens in unserer Welt haben alle Wissenschaften etwas beizutragen. Diese Feststellung ist kein Appell, sondern gibt die Vieldimensionalität des Phänomens Frieden in der Welt wieder. Konflikte entstehen ständig in allen Teilen der Welt. Jeder von ihnen kann heute den Weltfrieden gefährden. Keiner aber gleicht dem anderen, so daß die genaue Kenntnis einer jeden Konfliktsituation zu ihrer Lösung notwendig ist. Das aber heißt nichts anderes, als daß z.B. alle Wissenschaften, die sich mit der Sprache, der Geschichte, der Wirtschaft und den Lebensgebräuchen irgendeiner Region befassen, zum Verständnis der Konfliktsituation beitragen können. Die Bedeutung der Naturwissenschaft und der Technik für den Frieden der Welt ist im Zusammenhang mit den Abrüstungsgesprächen vielfach deutlich geworden. Schließlich ist es aber auch keine Frage, daß die Ergebnisse der Politologie, der Rechtswissenschaft, ja der Religionswissenschaft und der Theologie für die Friedensforschung relevant sind. Mit einem Wort: die Wissenschaft vom Frieden steht wie keine andere Wissenschaft heute im Zentrum des Systems der Wissenschaften, und könnte der Universität die verlorengegangene universitas literarum wiedergeben. Zugleich könnte die Wissenschaft vom Frieden manchen Wissenschaften, die heute am Rande der Universität dahinvegetieren, wieder einen Sinn geben.

Aus dieser Erkenntnis folgt ein zweites: die Wissenschaft vom Frieden ist eine politische Wissenschaft. Man kann den Frieden nicht wissenschaftlich erarbeiten, ohne zugleich die Politisierung der Wissenschaft zu wollen. Steht aber die Wissenschaft vom Frieden im Zentrum der Universität, so muß diese notwendig eine politische Universität werden. Sie ist politisch im Dienste des Friedens in der Welt. Wahrscheinlich ist diese Art der Politisierung

heute die einzige, die in der Wissenschaft legitim betrieben werden kann. Nur eine Wissenschaft, die die Frage nach dem Leben des Menschen der nach seinem Überleben zuordnet, hat eine Daseinsberechtigung. Wenn Friedensforschung die zentrale Frage nach unserem Leben zu ihrer Sache macht, wird sie früher oder später in das Zentrum aller wissenschaftlicher Arbeit rücken müssen. Je eher wir daraus die organisatorischen Konsequenzen ziehen, je eher die Friedensforschungsinstitute in die Mitte unserer Universitäten gerückt werden, desto schneller werden wir den Frieden sichern und umso sinnvoller wird unsere Wissenschaft werden.

WIR STELLEN ZUR DISKUSSION:

ZUR WAHLBETEILIGUNG DER JUNGWÄHLER

Paul Albert Engstfeld

Die Landtagswahlen vom 14. Juni dieses Jahres in den Bundesländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland wurden nicht nur im Hinblick auf eventuelle bedeutende Änderungen in den Machtverhältnissen mit Spannung erwartet, sie galten auch als Testwahl für Wahlverhalten und -beteiligung der Jung- und Erstwähler nach Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre in diesen Bundesländern. Zwei Ergebnisse sind besonders bemerkenswert:

1. Die CDU hat keinen Anlaß, mit dem Wahlverhalten der Jungwähler zufrieden zu sein: sie blieb in dieser Altersgruppe in allen Bundesländern erheblich hinter ihrem jeweiligen Gesamtergebnis zurück.
2. Die Gesamtwahlbeteiligung der Jungwähler stellt der bisherigen politischen Bildungsarbeit in unserem Land ein klägliches Zeugnis aus. Folgende Zahlenbeispiele sollen dies verdeutlichen:

<u>Wahlbeteiligung</u>	<u>Nordrhein-Westfalen</u>	<u>Niedersachsen</u>
Gesamt	73,6 %	76,7 %
18 - 21	61,6 %	63,0 %
21 - 25	55,9 %	58,0 %

Wenn man nun noch berücksichtigt, daß vor der Landtagswahl viele Schätzungen nicht über 40 % Jungwählerwahlbeteiligung hinausgingen, scheint es verständlich, daß die jetzt vorliegenden Zahlen von vielen Politikern mit "Zufriedenheit" zur Kenntnis genommen wurden. Diesen Beschwichtigungsversuchen kann ich nicht

zustimmen; das Ergebnis ist enttäuschend.

Bei der Erforschung der Ursachen für diese Wahlabstinenz kann man z.Z. ein parallel zu beobachtendes Phänomen nicht außer acht lassen: Allein schon das Interesse an politischen Vorgängen und erst recht das politische Engagement selbst an Schule und Hochschule hat in diesem und im vergangenen Jahr rapide abgenommen. Diese bedauerliche Aussage wird z.B. durch die vielfach vollzogene Auflösung politischer Arbeitskreise, die vor einigen Jahren an vielen Schulen ins Leben gerufen wurden, erhärtet sowie durch die Beobachtung, daß es den politischen Hochschulgruppen heute nur noch ganz vereinzelt gelingt, die Masse der Studentenschaft zu aktivieren; an die Stelle der unorganisierten, sich spontan an politischen Vorgängen interessiert zeigenden Masse sind kleine Kadertruppen getreten, deren Manipulationen das Gros der Unbedarften ziemlich widerspruchslos zum Opfer fällt. Vor diesem Hintergrund lassen sich m.E. folgende Hauptgründe für die geringe Wahlbeteiligung der Jung- und Erstwähler finden:

1. Der überwiegende Teil der heute 18-25-jährigen entstammt Elternhäusern der Kriegsgeneration. Die Reserviertheit der Eltern gegenüber politischem Engagement, basierend auf den eigenen bitteren Erfahrungen, übertrug sich auf sie.
2. Es ist der überparteilichen politischen Bildungsarbeit in unserem Land seit ihrem Bestehen nie gelungen, einen festumrissenen, klar definierten und wirksamen Standort im Rahmen unseres derzeitigen Erziehungs- und Ausbildungssystems zu erlangen. Weder dem institutionalisierten Gemeinschafts-, Staats- oder Bürgerkundeunterricht in den Schulen noch den außerschulischen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen ist es im Hinblick auf die allgemeinpolitische Bildung gelungen, der heranwachsenden Generation in interessanter, einprägsamer Form politische Grundtatsachen und Zusammenhänge zu vermitteln, geschweige denn die Einsicht hervorzurufen, daß eine funktionsfähige Demokratie sehr viel stärker der Anteilnahme möglichst vieler Bürger bedarf als jede andere Staatsform.
3. Auch die in unserem Land mangelnde Transparenz politischer Entscheidungsprozesse ist ein sicher nicht zu unterschätzender Faktor für das vorhandene Desinteresse bei einer großen Zahl von Jungwählern. In Anliegen, welche die Jugend betreffen, sind Erlasse vom grünen Tisch aus sowie parlamentarische Schnellverfahren der Ausrottung des Satzes "die da oben machen doch was sie wollen" keineswegs förderlich.
4. Die Enttäuschung über die geringe Wahlbeteiligung der Jungwähler war bei den politischen Jugendorganisationen der einzelnen Parteien natürlich recht stark. Sie werden gezwungen sein, ihre bisherige Arbeit auf ihre Außenwirksamkeit hin zu überprüfen. Blieb deren bisherige Arbeit im wesentlichen darauf beschränkt, Interessenten aufzunehmen, und ihre Mitglieder dann in die Mutterpartei zu integrieren sowie sich nachdrücklich an parteiinternen Diskussionen zu beteiligen, werden sie künftig verstärkt auf die einzelnen Gruppierungen innerhalb der Jugend von sich aus zugehen müssen. Wichtigste Voraussetzung dafür wird das Vorhandensein gruppenspezifisch formulierter, programmatischer

Aussagen sein und das Vermögen, die Sprache der anzusprechenden Gruppe zu beherrschen. Beides kann jedoch nur als Hilfsmittel neben einer verstärkten, nach außen gerichteten politischen Kleinarbeit betrachtet werden. Die politischen Jugendorganisationen werden sich künftig stärker als Werbeträger für das Produkt "Politik" profilieren müssen, wenn sie ihren Stellenwert verbessern wollen. Daß eine solche "Produktwerbung" sowohl interessant wie erfolgreich sein kann, haben eine Reihe von Wahlkampfinitiativen hinreichend bewiesen.

5. Der in den vergangenen Jahren bei einem großen Teil der Jugend zu beobachtende Trend zur Konsumorientierung hat zu einem Desinteresse an jeglicher organisierter ideeller Tätigkeit geführt. Dieses Faktum, von dem besonders die Versuche einer organisierten Freizeitgestaltung durch freie Träger (kirchliche Jugendarbeit etc.) empfindlich getroffen wurden, ist ein auch in der politischen Jugendarbeit zu konstatierendes Phänomen. Der vielzitierte Vorwurf, daran sei die Jugend auf Grund ihrer Kritiklosigkeit gegenüber einer konsumorientierten Umwelt selbst schuld, erscheint mir zu billig. Vielmehr haben es die auf dem ideellen Sektor tätigen Institutionen, zu denen ja auch die Parteien zählen, versäumt, ihre Arbeit in Form von "Anpassung und Widerstand" zum herrschenden Trend zu gestalten. Scheinbar immun gegen die sich in der Umwelt vollziehenden Entwicklungen blieb die Arbeitsweise der politischen Organisationen dem etwas jovial großväterlich anmutenden Stil der fünfziger Jahre verhaftet. Das Image des politischen Engagements entwickelte sich entsprechend: Politik als Beruf oder Hobby einer kleinen Minderheit, die dumm genug ist, ihre Freizeit dafür zu opfern. Statt nun eine offensive Kampagne gegen einseitig ausgerichtetes Konsumstreben zu starten, schwimmen die in der politischen Bildung Verantwortlichen einerseits auf dieser bequemen Welle neuerdings mit (was bei der Werbung um Jungwählerstimmen beispielsweise zur Folge hatte, daß nicht mit politischer Sachargumentation, als mit Freibier und Würstchenbuden geworben wurde), oder zogen sich andererseits ins Schneckenhaus der heilen Welt zurück: politisches Engagement resignierend als Tätigkeitsfeld einer Elite betrachtend.

Der hier unternommene Versuch, die möglichen Ursachen für das politische Desinteresse eines großen Teils der Jungwähler aufzuzeigen, erhebt weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch Tiefgang. Zur vollständigen Erfassung dieser Thematik wird es noch umfangreicher Expertenanalysen bedürfen, um so einen effizienteren Fortgang unserer politischen Bildungsarbeit zu erhalten.

Zum Abschluß stelle ich folgende Thesen zur Diskussion:

1. Gemeinschafts-, Staats- bzw. Bürgerkundeunterricht bedürfen in Form und Inhalt einer zeitnaheren und interessanteren Gestaltung als bisher. Dabei darf das Unterrichtsziel nicht mehr allein in der Vermittlung reinen Sachwissens bestehen, sondern es muß vor allem die Einsicht in die Notwendigkeit politischen Engagements als Wesensmoment einer Demokratie geweckt werden. Die Lehrerausbildung in den genannten Fächern muß unter diesem Aspekt, insbesondere in didaktischer Hinsicht, neu formuliert

werden.

2. Die außerschulischen Freizeit- und Bildungseinrichtungen müssen sich als wesentlicher Faktor im Rahmen der politischen Bildungsarbeit begreifen lernen.
3. Eine möglichst große Zahl von Vertretern der jungen Generation ist frühzeitig an den sie betreffenden demokratischen Entscheidungsprozessen in möglichst allen Instanzen angemessen zu beteiligen. Dies kann z.B. durch die Berufung von Schülern als sachkundige Bürger in die Schulausschüsse der Kommunalparlamente geschehen.
4. Die gesetzlich eingerichteten Schülermitverantwortungen an unseren Schulen müssen verstärkt zum Einübungsfeld demokratischer Spielregeln ausgebaut werden, etwa durch die Einrichtung von Schülerparlamenten, wozu bereits funktionsfähige und erfolgreiche Modelle entwickelt wurden.
5. Die Funktion des Ringes Politischer Jugend (RPJ), dem Dachverband der drei politischen Jugendorganisationen, darf sich künftig nicht allein auf die obligatorische Finanzverteilung untereinander beschränken. Speziell auf Orts- und Kreisebene eignen sich Gemeinschaftsveranstaltungen als attraktives Forum zur öffentlichen Diskussion kontroverser politischer Fragen.
6. Die politischen Jugendorganisationen der einzelnen Parteien bedürfen formelhafter, gruppenspezifischer programmatischer Aussagen, mit denen die verschiedensten Schichten innerhalb der Jugend angesprochen werden können.

Man ist sich natürlich darüber im klaren, daß eine Verstärkung des politischen Engagements weiter Teile der jungen Generation nicht von heute auf morgen erreicht werden kann. Man sollte aber auch sehen, daß ein Verharren im gegenwärtigen Zustand in einigen Jahren möglicherweise ein rapides Abnehmen der Wahlbeteiligung zur Folge haben könnte. Vor einigen Jahren wurde im Bereich der Sexualerziehung der Notstand ausgerufen; vielleicht entdecken die Verantwortlichen ihn bald auch im Bereich der politischen Bildung und im politischen Engagement.

JUGEND FRAGT

Ernst August Schiefer

Die Argumentation der "neuen Linken" hat den Blick der Jugend - und besonders der politisch interessierten studentischen Jugend - für die Schwächen unseres Gesellschaftssystems geschärft. Damit einher geht eine Sensibilisierung auch anderer gesellschaftlicher Bereiche für politische und soziale Mißstände. Erinnerung sei nur an die Tagung des Lutherischen Weltbundes in Evian. Es wäre gefährlich, vor dieser Tatsache die Augen zu ver-

schließen und sich damit zu beruhigen, daß Jungsein im menschlichen Reifungsprozeß eben auch Radikalsein beinhaltet. Ebenso falsch wäre es, sich allzu sehr auf den grundsätzlich richtigen Gedanken, daß eine jede Gesellschaftsordnung ohne Schwächen nicht denkbar ist, zu verlassen. Eine solche Haltung würde bedeuten, sich auf das Reagieren zu beschränken. Eine politische Partei steht aber unter dem Gesetz der Aktion. Die heranwachsende Generation sieht zwar überdeutlich die Fehler und vermeintlichen Mängel in unserem System. Sie identifiziert sich, abgesehen von unbedeutenden Randgruppen, jedoch nicht mit den Modellen einer zukünftigen Gesellschaftsform, wie die "neue Linke" sie anbietet. Diese fehlende Identifizierung hat verschiedene Gründe. APO, SDS und andere Gruppen habe es nur ungenügend verstanden, sich zu artikulieren. Ihre Vorstellungen sind noch widersprüchlich und wirken unausgegoren und wenig attraktiv. Die Vergangenheit hat indessen immer wieder gezeigt, daß im richtigen Augenblick von geschickten Demagogen vertreten, auch wirre Programme Resonanz in breiten Bevölkerungsschichten finden können.

Noch steht vor uns eine junge Generation, die auf andere Modelle der Zukunft wartet, als sie die "neue Linke" anzubieten hat. Es müßten Programme sein, die von bestehenden Mängeln ausgehen, sie nicht zu verschleiern suchen. Es müßten Pläne sein, die mit dem Blick auf das Jahr 2000 diese Unzulänglichkeiten zu überwinden suchen. Es müßten schließlich Modelle sein: realistisch und doch auf Utopia bezogen. Junge Menschen werden in dieser Zukunft leben. Wer heute 20 Jahre alt ist, wird im Jahre 2000 erst das 50. Lebensjahr erreicht haben. Er wird schon nach heutiger Lebenserfahrung das Jahr 2020 erleben. Ihn interessiert, wie wir die Lebensbedingungen dieses seines Lebens gestalten wollen.

Hier ist absichtlich vom Jahr 2000 gesprochen - nicht im Sinne wirklichkeitsfremder Träume, aber als Abgrenzung gegenüber allzu pragmatischen Kompromißlösungen des Augenblicks. Die heutige Jugend will mehr. Sie ist nicht nur allergisch gegenüber dem nun einmal notwendigen Kompromiß des Pragmatikers. Sie sucht die Zielvorstellungen der Parteien für übermorgen. Wäre der Begriff Ideologie nicht negativ belastet, so könnte man auch feststellen: Diese Jugend ist wieder bereit, Ideologien zu akzeptieren. Sie ist nicht in den Mantel der Nachkriegsgeneration - gekennzeichnet durch Nüchternheit und Skepsis - geschlüpft, sondern will sich an einem Wertsystem orientieren. Auf dieser Basis stellt sie ihre Fragen, von denen hier nur einige angedeutet werden können:

Wie soll die Freiheit des Individuums und wie sollen die Einflußmöglichkeiten des einzelnen Staatsbürgers auf politische Entscheidungen in der industriellen Gesellschaft der Zukunft gesichert und erweitert werden?

Wie soll Demokratie möglich werden, wenn in zunehmendem Maße nur Experten über eine Maximierung von Informationen verfügen, komplizierte Zusammenhänge überschauen können?

Wie kann in einer Gesellschaftsordnung, die auf dem Privateigentum aufbaut, Wirtschaftsmacht erfolgversprechend kontrolliert

werden?

Wie kann in einem Prozeß, der auf immer größere wirtschaftliche Konzentration zielt, eine zunehmende Zahl von Familien Eigentum an Produktionsmitteln erwerben?

Was wird geschehen, um den Bürger vor den Schäden, die ihm aus seiner industriellen Umwelt drohen (Luftverschmutzung, Lärm usw.), zu schützen?

Was wird geschehen, damit die Unterprivilegierten dieser Gesellschaft (Behinderte, Sieche usw.) in ihr menschenwürdig leben können?

Diese Jugend wartet auf unsere deutliche Antwort.

KOMMENTAR

LINKER DRUCK AUF DIE DEMOKRATIE

Es ist eine alte Erfahrung demokratischer Systeme, daß oft eine kleine Minorität einen unverhältnismäßig großen Einfluß in einer Partei gewinnen kann, wenn sie mit beharrlicher Strategie und geschickter Taktik ihre Ziele verfolgt. Über viele Jahre hinweg wurde zum Beispiel ein solcher Einfluß den Heimatvertriebenenverbänden zugeschrieben, aber inzwischen ist an manchen Stellen der Druck von links nach aktueller geworden. Das aufschlußreichste Beispiel dafür bietet wohl die FDP - schon deshalb, weil in ihrem relativ kleinen Mitgliederreservoir derartige Aktionsgruppen rasch ein erhebliches Gewicht gewinnen können. Während diese Partei von der rechten Seite her durch die National-Liberale Aktion verunsichert wird, üben von links her die jungen Demokraten einen zunehmenden Druck aus. So sah sich die niedersächsische FDP veranlaßt, die satzungsmäßigen Bindungen der Partei zu den Jungdemokraten abubrechen, und der dortige Landesvorsitzende gab dafür die Begründung: "Durch die konsequente marxistische Unterwanderung dieses Landesverbandes der Jungdemokraten durch eine linke Gruppe war eine politische Zusammenarbeit für uns nicht mehr möglich."

Die SPD hat sich mit ähnlichen Problemen auseinanderzusetzen. Dort sind es die Jungsozialisten (Jusos), die offensichtlich in einem konsequenten Vormarsch auf den Parteiapparat Einfluß zu nehmen suchen. In manchen Landesverbänden (so in Nordrhein-Westfalen) opponieren sie gegen die Parteispitzen und bemühen sich darum, ihre Anträge und auch ihre Leute in den Parteigremien zum Zug zu bringen. Auch deren Ideologie greift wieder deutlich auf marxistische Elemente zurück, und sie zielt offenkundig auf eine grundsätzliche Änderung der Gesellschaftsstrukturen nach sozialistischen Modellen. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Der entscheidende Einschnitt ist wohl in der großen Protestbewegung der jungen Generation vor zwei Jahren zu sehen. Damals ist:

(bekanntlich in der ganzen Welt) unter der Jugend ein massives Unbehagen gegen die bestehende Gesellschaft ausgebrochen, und man darf wohl annehmen, daß sich davon vieles schon vorher angestaut hatte. Die junge Generation, der man bis dahin immer nachgesagt hatte, daß sie leider an öffentlichen Problemen nicht interessiert sei, machte damals einen entscheidenden Wandel durch: Plötzlich trat sie auf die Barrikaden, und in einem oft leidenschaftlichen Engagement machte sie ihre Kritik und ihren Protest gegen Mißstände der Gesellschaft laut. Daß vieles davon berechtigt war, ist inzwischen auch in der breiten Öffentlichkeit anerkannt worden, und daß dann immerhin eine ganze Reihe von Reformen dadurch in Gang gekommen sind, ist ein Hinweis darauf.

Allerdings ist dadurch ein Gefälle entstanden, das in mancher Hinsicht einen alarmierenden und bedrohlichen Charakter hat: Weil damals engagierte marxistische Gruppen die Initialzündung gaben und aus ihrer Ideologie die Kampfsparolen entstammten, hat dieser Jugendprotest schließlich immer mehr marxistische Züge angenommen und von dorthier seine Marschrichtungen bestimmen lassen. Zwar ist inzwischen das Gros der damals noch mitbeteiligten jungen Generation wieder in das Stadium der Gleichgültigkeit zurückgesunken, aber was übrigblieb, sammelt sich nun um so entschiedener um jene Ideologie. Allerdings zermürben sich diese Gruppen gegenseitig in ihren geradezu sektenhaften Richtungskämpfen; soweit jedoch im Horizont der Parteien derartige Bewegungen noch im Gange sind, scheinen sie weiterhin von den Ausläufern jener Aktion zu zehren, und dafür bieten die Jungdemokraten und die Jungsozialisten aufschlußreiche Hinweise.

Nun wird man zwar solchen von der Jugend getragenen Aktionen zubilligen müssen, daß sie gerne nach Utopien greifen und unter Mißachtung der Realitäten sich dem politischen Schwärmertum hingeben. In gewissem Sinn war dies zu allererst das Vorrecht der Jugend. Bedenklich aber wird es, wenn aus diesen utopischen Zielen Machtansprüche entwickelt werden und wenn diese Macht auch demokratische Parteien unter Druck setzen will, und dieser Prozeß läßt sich sowohl bei der SPD als auch der FDP beobachten. Wie sich diese Parteien damit auseinandersetzen, ist ihre Sache; aber sie werden dabei zu bedenken haben, daß sie in dieser Auseinandersetzung nicht nur für sich selbst, sondern auch für die ganze Gesellschaft eine erhebliche Verantwortung übernehmen.

Immerhin macht dieser Gärungsprozeß auch darauf aufmerksam, daß es bisher unseren Parteien nur schwer gelungen ist, mit ihren jungen Kräften in ein fruchtbares Verhältnis zu kommen, und das gilt gewiß auch für die CDU. Es läßt sich nicht mehr übersehen, daß die Spannungen der Generationen eine zunehmende Bedeutung gewinnen, und darum kommt viel darauf an, ob die tragenden Parteien unseres Staates rechtzeitig die berechtigten Erwartungen und Impulse der jungen und der werdenden Staatsbürger aufgreifen. Dabei gibt es zu denken, daß offensichtlich auf viele junge Leute die marxistische Zukunftsverheißung eine starke Faszination ausübte, und um so energischer ist zu fragen, ob die freiheitliche Demokratie nicht eine größere Anziehungskraft und Glaubwürdigkeit entwickeln müßte, um der nachwachsenden Generation ein überzeugendes Engagement anbieten zu können. E.St.

Redaktionsgemeinschaft: Peter Egen, Eberhard Stammler
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
53 Bonn/Rhein, Kaiserstraße 22, Ruf: 02221-52931
Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten